

In Indien regt sich Widerstand

Bastienne Joerchel • «Wir verlangen den sofortigen Stopp der bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union.» Das erklärten diesen Herbst über 70 indische Gewerkschaften, NGOs und soziale Bewegungen in einem gemeinsamen Aufruf. Dank des Engagements von Alliance Sud und der Erklärung von Bern nimmt der indische Widerstand jetzt auch das Vertragsprojekt zwischen der Efta und Indien ins Visier.

Die indischen Organisationen lancierten ihren Aufruf für einen Verhandlungsstopp anlässlich des indisch-europäischen Gipfeltreffens vom letzten September in Marseille. Adressiert ist er an die indische Regierung und dessen Premierminister Manmohan Singh. Die Organisationen kritisieren, dass seit Verhandlungsbeginn im Juni 2007 weder das nationale Parlament noch die Regierungen der 28 Bundesstaaten, geschweige denn Organisationen der Zivilgesellschaft in die Verhandlungen einbezogen worden sind: 18 Monate mit fünf Verhandlungsrunden sind verflossen, ohne dass sie jemals über die offizielle Position oder den Verhandlungsverlauf informiert worden wären.

Das ist umso stossender, als das federführende Handelsministerium die Wirtschaft, insbesondere die

grossen Unternehmungen, sehr wohl konsultierte. «Abkommen, die Gesetzeskraft erhalten und weitreichende wirtschaftliche und soziale Folgen haben, müssen öffentlich diskutiert werden können», fordert Smitu Kothari, Gründer der NGO Intercultural Resources und Initiator des indischen Protestes. «Besonders schockierend ist, dass die Textvorschläge und die Entscheidungsprozesse weder vom Parlament noch von den Regionalregierungen diskutiert werden. Aber auch jene Menschen und Gemeinschaften, die von den Verträgen direkt betroffen sind, sollten einbezogen werden. Das ist das Gebot der Demokratie», sagt Kothari.

Ein Aufruf von Millionen Menschen

Der indische Widerstand umfasst Organisationen aus verschiedenen Bereichen, die mehrere Millionen Menschen repräsentieren. Dazu gehören die wichtigen Gewerkschaften des Landes, darunter Hind Mazdoor Sabha, eine politisch unabhängige Gewerkschaft mit 4,5 Millionen Mitgliedern, und jene, die der Kommunistischen Partei und der politischen Linken nahestehen. Organisationen der Dalits (Unberührbare), von Bauern und Fischern machen ebenso mit wie Frauenverbände, Universitäten und Forschungszentren.

Die Regierung hat bisher nicht auf den Aufruf reagiert. Laut Smitu Kothari will die Koalition den Druck jetzt erhöhen, Gespräche mit ParlamentarierInnen in Indien und Europa führen und in verschiedenen Landesregionen Aktionen und Informationskampagnen durchführen. Die Aufgabe ist nicht einfach: Das Thema ist komplex und auf den ersten Blick weit von den Alltagsorgen der Menschen entfernt. Auch verfolgen nicht alle Kritiker der Geheimpolitik dieselben Interessen. Die Gewerkschaften möchten vor allem verhindern, dass die bestehenden, bereits sehr prekären Arbeitsbedingungen noch verschlimmert werden. Andere sehen in einer öffentlichen Debatte um bilaterale Abkommen und ihre Inhalte und Folgen die Gelegenheit, sich besser auf (unvermeidliche) Veränderungen vorzubereiten und neue Chancen zu nutzen.

Zu Letzteren gehört David Kadam, Direktor von Swissaid Indien. Wenn man die Bauern nicht informiere und aktiv einbeziehe, raube man ihnen jede Chance, sich anzupassen und allenfalls von neuen Gegebenheiten zu profitieren, begründet er. Swissaid arbeitet unter

Forderungen von Alliance Sud

Alliance Sud ruft den Bundesrat auf, vor weiteren bilateralen Verhandlungen folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Durchführung von unabhängigen, öffentlich zugänglichen Studien über soziale und ökologische Auswirkungen eines Freihandelsabkommens;
- Regelmässige Information und Konsultation von zivilgesellschaftlichen Organisationen und umfassender Einbezug der Parlamente;
- Verzicht auf Forderungen im Bereich der geistigen Eigentumsrechte, die über die WTO-Bestimmungen hinausgehen;
- Keine weitere Öffnung des indischen Finanzmarktes;
- Keine weitergehenden Marktöffnungen und kein Zollabbau für diejenigen Industriegüter, die für die Entwicklung eines Landes grundlegend sind.

Die indischen Organisationen lancierten ihren Aufruf für einen Verhandlungsstopp anlässlich des indisch-europäischen Gipfeltreffens vom letzten September in Marseille. Adressiert ist er an die indische Regierung und dessen Premierminister Manmohan Singh. Die Organisationen kritisieren, dass seit Verhandlungsbeginn im Juni 2007 weder das nationale Parlament noch die Regierungen der 28 Bundesstaaten, geschweige denn Organisationen der Zivilgesellschaft in die Verhandlungen einbezogen worden sind: 18 Monate mit fünf Verhandlungsrunden sind verflissen, ohne dass sie jemals über die offizielle Position oder den Verhandlungsverlauf informiert worden wären.

Das ist umso stossender, als das federführende Handelsministerium die Wirtschaft, insbesondere die grossen Unternehmungen, sehr wohl konsultierte. «Abkommen, die Gesetzeskraft erhalten und weitreichende wirtschaftliche und soziale Folgen haben, müssen öffentlich diskutiert werden können», fordert Smitu Kothari, Gründer der NGO Intercultural Resources und Initiator des indischen Protestes. «Besonders schockierend ist, dass die Textvorschläge und die Entscheidungsprozesse weder vom Parlament noch von den Regionalregierungen diskutiert werden. Aber auch jene Menschen und Gemeinschaften, die von den Verträgen direkt betroffen sind, sollten einbezogen werden. Das ist das Gebot der Demokratie», sagt Kothari.

Ein Aufruf von Millionen Menschen

Der indische Widerstand umfasst Organisationen aus verschiedenen Bereichen, die mehrere Millionen Men-



Indische NGO-Delegation verlangt in Bern mehr Transparenz: David Kadam (Swissaid Indien), Gopa Kumar (Third World Network) und Smitu Kothari (Intercultural Resources).

schen repräsentieren. Dazu gehören die wichtigen Gewerkschaften des Landes, darunter Hind Mazdoor Sabha, eine politisch unabhängige Gewerkschaft mit 4,5 Millionen Mitgliedern, und jene, die der Kommunistischen Partei und der politischen Linken nahestehen. Organisationen der Dalits (Unberührbare), von Bauern und Fischern machen ebenso mit wie Frauenverbände, Universitäten und Forschungszentren.

Die Regierung hat bisher nicht auf den Aufruf reagiert. Laut Smitu Kothari will die Koalition den Druck jetzt erhöhen, Gespräche mit ParlamentarierInnen in Indien und Europa führen und in verschiedenen Landesregionen Aktionen und Informationskampagnen durch-

Handelsabkommen Efta/Schweiz–Kolumbien

Menschenrechte ausgeklammert

Nach nur 18 Monaten Verhandlungszeit haben Ende November die Europäische Freihandelszone (Efta), der auch die Schweiz angehört, und Kolumbien einen bilateralen Freihandelsvertrag unterschrieben. Die Unterzeichnung wurde öffentlich kaum beachtet. Lediglich ein knappes Communiqué des Volkswirtschaftsdepartements verweist auf die beachtliche thematische Spannweite. Betrifft es doch unter anderem Landwirtschafts- und Industrieerzeugnisse, Dienstleistungen, Investitionen, den Schutz des geistigen Eigentums und das öffentliche Beschaffungswesen. Kein Wort findet man allerdings zur Menschenrechtssituation. Und das, obwohl Kolumbien deswegen immer wieder negativ auffällt und Amnesty International die Lage immer wieder als sehr besorgniserregend einstuft.

Anders ist dies in den USA, wo sich der Kongress ebenfalls mit einem bilateralen Abkommen mit Kolumbien beschäf-

tigt. Die Ratifizierung des von der Administration Bush 2006 ausgehandelten Vertrages ist noch immer hängig. Gewerkschaften und NGOs kritisieren die negativen Auswirkungen nicht nur der Sicherheits-, sondern auch der Wirtschaftspolitik des kolumbianischen Präsidenten Alvaro Uribe auf die Menschenrechte. Sie verweisen etwa auf die Umsiedlung von Millionen von Menschen, um Platz zu schaffen für multinationale Agrokonzerne und Bergbaufirmen.

Es ist befremdlich, dass dies für die Schweiz keine Rolle zu spielen scheint. Immerhin gehört der Schutz der Menschenrechte gemäss Bundesverfassung zu den fünf Hauptzielen unserer Aussenpolitik. Und immerhin engagierte sich die Schweiz in Kolumbien mit sechseinhalb Millionen Franken (2006) zugunsten der Menschenrechte, der Friedensförderung und der humanitären Hilfe. Wo bleibt da die Kohärenz, die Glaubwürdigkeit der Aussenpolitik?

Die Präambel des Vertrages verweist zwar auf die Menschenrechte und die Kernarbeitsrechte der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Aber das ist pro forma und unverbindlich. International gibt sich die Schweiz gerne das Image eines Landes, das sich konsequent für die Menschenrechte einsetzt. Entsprechend dürfte man erwarten, dass sie auch Wirtschaftsabkommen an diese koppelt. Doch das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) winkt ab. Für die beim Seco zuständige Botschafterin für Handelsverträge, Marie-Gabrielle Ineichen, ist es «nicht opportun, Handelsabkommen direkt mit den Menschenrechten zu verknüpfen». In der Bundesverwaltung und bei der Efta diskutiere man aber die Frage, prüfe die Politik anderer Länder und überlege, ob künftig anders vorzugehen wäre.

Bastienne Joerchel